

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger u. a. d. m. Vertretungen frei. Einzelnummern 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M. ohne Postgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 20 Pf., Restland 1.25 M.; außerhalb 35 Pf., Restland 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 222

Mittwoch, 14. Mai 1919.

73. Jahrgang.

Kann Deutschland unterschreiben?

(Ohne Verschulden der Schriftleitung verurteilt.)

Die lange Zeit des peinlichen Wartens ist vorüber, das heftige Geknurre der Friedensbedingungen ist zerhackt, die Wirklichkeit geworden. Die Bedingungen, unter denen Deutschland von siebenundzwanzig Gegnern den Frieden angeboten erhält, sind im einzelnen ungeheuer, sind in ihrer Gesamtheit unerfüllbar. Sollte Deutschland diesen Vertrag glatt unterschreiben, so handelte es — von politischen, wirtschaftlichen und allgemein vaterländischen Gesichtspunkten völlig abgesehen, allein vom Standpunkte der allgemeinen Moral — unehrlich. Denn wenn zwischen verschiedenen Parteien ein Vertrag geschlossen wird, so geschieht das in der gegenseitigen Voraussetzung, daß die Verpflichtungen, auf denen der Vertrag aufgebaut ist, von den Parteien auch ausgeführt werden. Uebernimmt eine Partei Verpflichtungen, von denen sie von vornherein weiß, daß sie — aus irgendwelchen Gründen — nicht imstande ist, sie zu erfüllen, übernimmt sie die Verpflichtungen aber doch, so handelt sie nicht ehrlich, so handelt sie unehrlich. Wer um des Vorteils des Abchlusses willen zögert, die die Erfüllung des Vertrages unmöglich machen, verschweigt, ist ein Betrüger. Das bürgerliche Recht belegt einen solchen Betrug mit schwerer Strafe. Hier handelt es sich aber um mehr als um einen nach bürgerlichem Recht unter einzelnen Personen zu schließenden Privatvertrag, hier handelt es sich um eine Staatsurkunde von solcher Wichtigkeit, wie sie im Laufe der Weltgeschichte noch nicht gegeben ist. Es handelt sich um die gesamte Zukunft eines Volkes, das jetzt schon über sieben Millionen zählt und von Jahr zu Jahr bedeutend wachsen wird, es handelt sich um eine wirtschaftliche Daseinsmöglichkeit, um seine politische Gleichberechtigung, um seine Würde. Die einzelnen Bestimmungen des Versailler Vertrags, wie er vorliegt, greifen wie die Zahnäder eines feinen ausgedachten und sorgfältig aufgebauten Uhrwerks sicher ineinander, um Deutschland zu vollkommenem Ohnmacht auf jedem Gebiete zu zwingen. Die Großmacht soll gestrichen sein aus dem Kreise der unabhängigen Völker, nach menschlichem Ermessen für alle Zukunft.

Deutschland kann den Vertrag nicht unterschreiben. Sollte es selbst von seiner nationalen Würde absehen, so läßt ihm nichts anderes übrig als zu sagen, daß es, eines großen und wertvollen Teiles seiner wertvollsten Besitztümer beraubt, nicht in der Lage ist, die finanziellen Verpflichtungen, die ihm auferlegt werden sollen, zu erfüllen. Den Frieden zu erhalten, den Deutschland haben muß, ist ihm nicht möglich, und damit Ruhe, Ordnung, Arbeit und Aufbau möglich gemacht werden, muß es und wird es jede Verpflichtung übernehmen, die es erfüllen kann, und manche Teile des Friedensvertrages würde es trotz ihrer Schwere unterschreiben, ohne mit der Wimper zu zucken; aber in seiner Gesamtheit ist der Vertrag so, daß der gute Wille nicht genügt, ihn zu erfüllen. Wir wissen im voraus, daß wir nicht imstande sind, den Verpflichtungen nachzukommen; wir müssen uns sagen, und damit fällt für einen ehrlichen Vertragsschließenden die Möglichkeit aus, seine Unterschrift unter dieses Dokument zu setzen.

Die Schwere der Verantwortung der deutschen Friedenskommission, der Regierung und der Volksvertretung für den Entschluß, für ja oder nein, wäre gleich furchtbar gewesen. Ein Nein bedeutet — dessen muß man sich bewußt sein — Scherenschnitt für Deutschland; aber die Verantwortung für ein Nein ist dadurch gemildert, daß es keinen anderen Weg gibt. Es kommt jetzt darauf an, ob die Mächte der Entente sich geneigt zeigen werden, über die Punkte, die unannehmbar sind, in Verhandlungen mit Deutschland einzugehen und die Verpflichtungen auf Grund dieser Verhandlungen so zu formen, daß sie von uns auch erfüllt werden können. Wollen aber die Alliierten den Vertrag als Ganzes angenommen oder abgelehnt wissen, so kann es nur einen Entschluß geben.

B. G.

Deutsche Nationalversammlung. Eine große Rede Scheidemanns.

In der Montag-Sitzung der Nationalversammlung, die sich, wie schon kurz berichtet, zu einer mächtigen, einmütigen Kundgebung gegen die Annahme der Bedingungen gestaltete, führte Ministerpräsident Scheidemann etwa folgendes aus:

Allgemeines.

Meine Damen und Herren! Die deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu den von unseren Gegnern gestellten Friedensbedingungen. Wenn ich in Ihren Reihen, Kopf an Kopf, die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien, von Danzig und von Memel neben den Abgeordneten der unbedrohten Länder und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male unter Deutschen sitzen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit ihnen in der Schwere und Weite dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! Wir müssen beieinander bleiben! Wir sind ein Fleisch und ein Blut! Und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes! Unser Volk am Leben zu erhalten, das, und nichts anderes, ist unsere Pflicht! Wir tragen keinen nationalitätlichen Traumbildern nach. Keine Fiktion und kein Machtwort hat Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erschöpfende Hand an der Wunde fühlt.

Laßen Sie mich ganz ohne taktische Erwägungen reden: Was unseren Beratern zu Grunde liegt, dies habe ich, in dem hundert Absätze beginnend: Deutschland versichert, versichert, versichert, dieser geachtete und mörderische Herrenhammer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erdärmenden Selbstverleugung, das Einverständnis mit Verflachung und Delinquenz abgepreßt, ja erpreßt werden soll, dieses Buch darf nicht zur Gebetsgebäude der Zukunft werden. Ich habe die zuerst um übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten; da ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kennen, käme es mir wie Forderung vor, das Wilsonprogramm, diese Grundzüge des ersten Vorkriegsstaates mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: Die Welt ist wieder einmal um eine Million armer geworden. Die Völker haben in dieser an Idealen so armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausenden von Schlachtfeldern, in tausenden von Schützengraben, in verwüsteten Familien, bei Verzweiften und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und alldürstiger genannt worden, als der Name Wilsons? Heute verbleibt das Bild des Friedensbringers!

Meine Damen und Herren! Ueberall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere Brüder in der Gefangenschaft werksfähige Liebe nachrufen will: Traurige, hilflose Gesichter hinter Gefängnisgittern! Das ist das rechte Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag! Das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! 60 Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern! 60 Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das elende Land zum Gefangenenlager machen! Ich kann Ihnen aus dem augenblicklichen keinen Gitterverband, das uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und verlagert werden soll, ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stöckchen vorführen. Bei genauerem Ansehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfangt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will. Sie haben nicht vergessen, aber alles hinaufgeklümt, was Vernichtung und Verdrüßung heißt.

Außerhalb der deutschen Grenzen.

Laßen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen: Deutschland wird, wenn diese Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden! Alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen oder Kapitulationen, alle Abkommen über konsularische Gerichtsbarkeit oder ähnliches, alles, alles verfliehet. Deutschland hat im Auslande aufgehört zu existieren. Wie sagt Wilson so zutreffend: „Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinsamen Vorteilen.“ Ein Grundsatz, den die Entente bis ins Kleinste verwirklicht sehen will. Den Schlüsselpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradiieren, setzt sie durch die Bestimmung: „Kriegsmassnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wiedergutzumachen.“ Sinecogen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, alle Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger in ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland, zu: ohne Schiffe — denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über —, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtschutz, ja selbst ohne das Recht mitzumischen bei der Festlegung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, wie Kohle, pharmazeutische Artikel usw. Ich frage Sie, wer kann als ehrlicher Mann — ich will gar nicht sagen als deutscher —, nur als ehrlicher

vertragstreuer Mann, solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? Und dabei sollen wir die Hände regeln, unsere Arbeit tun, die Sklavensklachten für das internationale Kapital schieben, Grundrente für die ganze Welt leisten? Den Handel mit dem Auslande, die einzige Quelle unseres Wohlstandes, zerlegt man und macht man uns unmöglich!

Im Inlande.

Und im Inlande? Die lothringischen Erze, die ober-schlesische Kohle, das elbische Kali, die Saargruben, die blühenden Nahrungsmittel Ostpreußens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir uns keinen höheren Schutzwall sichern dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung. Im Innern müssen alle derartigen Einkünfte den Zahlungen an die Feinde zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegervitwen, also ein Kronleuchter, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer schmeichelt werden. Wie, das hat Frankreich ohne lassen, das die im Saarbeden geförderte Kohle mit 40 Mark zahlte und sie im eigenen Lande und nach der Schweiz für 100 Franken verkauft hat. Doch will ich Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen beweisen, in denen, Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte des Feindes: Wenn Deutschland in den nächsten fünfzig Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden.

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationalen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich! Was soll ein Volk machen, das bei der Festlegung seiner Verpflichtungen nicht mitleiden darf, sondern dem man nur Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde, auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit einer Handbewegung wegwirft? Deutschland verpflichtet sich, seiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt oder indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor die Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen. Und ist vielleicht all dieses Maß von Erdrosselung, von Demütigung, von Ausraubung noch nicht ausreichend, um jede künftige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszuwischen? Schicksal und endlich: Offen den Fuß in den Nacken und den Taumen aufs Auge! Offen die erbärmliche Verflachung für Kinder und Kindeskinde! Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gefährdung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Bestimmungen zu sichern. Genug! Uebergenug!

Der Vertrag ist unannehmbar.

Das, meine Damen und Herren sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festlegung, wie Herr Clemenceau unserer Delegation mitteilte, die Entente sich Rindgäbe von den Grundrissen leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorzuschlagen worden sind. Wir haben Gegenentwürfe gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen mit Ihrem Einverständnis unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach der Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, so unannehmbar, daß ich noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen von Köhlen aus allen Ländern ohne Unterbrechung der Partei der Auferschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gesamte Menschheitsverantwortung. In den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch — und das ist uns ein Trost in diesem letzten, furchtbaren Aufstande gegen menschlichen Gewaltspolitik — vor allem im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morben messen werden. Ich danke allen, aus denen ein empörender Herz von Gewissen spricht. Ich danke vor allem und erwidere in unverantwortlicher Einseitigkeit das Gebot der Treue, das gerade jetzt aus Wien an uns herüber hallt. Brüder in Deutschösterreich! Wie auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gemeinwohl nicht verlassen! Wir grüßen euch, wir danken euch und wir halten zu euch! Ich rechne nicht mit den anderen, denen der König noch nicht dicht genug geklopft, noch nicht eng genug ist, der König, in den das „deutsche Tier“ gesperrt werden soll. Wir finden unseren Weg! Ueber diese Bedingungen darf er nicht führen. Es blicke nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern, wenn wir anders denken und fühlen wollten. Sieben Sie uns bei der Anbahnung der Verhandlungen! Laßen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, daß so das ganze Volk ein Bär für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde ist. Ein einzelnes Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht nur für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß das Volk verweigert, der Fluch für immer verankert wird.

Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hände gegeben, bewahrt sie! Wird dieser Vertrag unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leide allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegen bleibt. Daneben wird als ebenso edle Leide liegen: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter

deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue. Eine Bewunderung der sittlichen und moralischen Begriffe ohne Gleichen, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder der Mensch des Menschen Wolf wäre.

Wir wollen den Frieden.

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns eine Markter sein wird. Wir werden nicht um Haarebreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten wird, nur ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapitel zur Arbeit und Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen! Solchem Vertrag unsere Unterschrift, seinen Bestimmungen unsere Treue, seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit! Nicht der Krieg, sondern dieser harte Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufsteigendes, geschwächtes Volk sein. Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zur völligen Gesundung geführt werden.

Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, wie unsere Väter von den Krankheiten des Sieges. Heute steht es fast so aus, als sei das gewaltige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über den Reichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hoffes und der Verzweiflung. Wir kämpfen nicht mehr. Wir wollen den Frieden. Wir sehen graunam am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schauernd von dem jahrelangen Norden! Gewiß! Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal Wehe über die, welche heute den wahren Frieden verzögern, auch nur um einen Tag.

Preussischer Ministerpräsident Hirsch:

Im Auftrage der Regierung sämtlicher deutscher Freistaaten habe ich folgende Erklärung abgegeben:

Heute ist es klar, was die Feinde mit uns vorhaben. Sie wollen uns für alle Zeiten aus der Reihe der Anstaltsstaaten der Welt streichen und wieder wie einst zur völligen Ohnmacht verdammen. Sie wollen das arbeitsfähige deutsche Volk zu einem Leibeigenschaftswort machen. Dem gegenüber erklären wir, die Vertreter aller deutschen Freistaaten vor aller Welt: Dieser Tod als Sklave! Dieser Friedensvorschlag ist unannehmbar. (Lebhafte Beifälle.) Wir sind in diesem Urteil einig mit der Reichsregierung. Wir stehen einig und geschlossen hinter ihr. (Beifälle.) Wir sprechen ihr in dieser Stunde unser volles Vertrauen aus. Unsere Feinde mögen sich hüten, auf die Unmöglichkeit der deutschen Stämme zu rechnen. In der furchtbaren Not, die unser Volk zu heimgesucht hat, stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterland. (Lebhafte Beifälle.)

Nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten Hirsch sprachen die Vertreter der Parteien. Zunächst der Reichstagsfraktion: Müller-Breslau, dann Gröber (Ztr.), Frau Böhm-Schuch (Soz.), Hansmann (Dem.), Bitter (Ztr.), Graf Posadowsky (D. Vp.), Blunt (Dem.), Schulz (D. Vp.), Stresemann (D. Vp.), Haase (U. Soz.), Frau Weber (Ztr.), Schäfer (Soz.), Graf Dohna (D. Vp.) und Lindde (Dem.). Mit Ausnahme des Abgeordneten Haase erhoben alle Redner scharfen Protest gegen die Bedingungen und erklärten den vorgelegten Vertrag für unannehmbar. Der Abgeordnete Haase sprach für die Unterzeichnung, erklärte jedoch, daß seine Fraktion es ablehne, im Falle des Rücktritts der jetzigen Regierung das Kabinett zu bilden und den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Gehrenbachs Schlusswort.

Das Schlusswort sprach der Präsident Gehrenbach. Er führte u. a. aus: Das war eine eindrucksvolle und geschlossene Kundgebung der ganzen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktieren will. Von dem heutigen Tage muß aus diesem Saale eine Welle in das Volk getragen werden, die es auch dem Auslande klar macht, daß man das deutsche Volk nicht so behandeln darf. (Beifälle.) Wir hatten auf ein Völkerverständnis gehofft. Dieser Vertrag ist keine Einseitigkeit; er ist die Verewigung des Krieges. Und jetzt werden ich mich an unsere Feinde und sage: Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Ketten zerbrechen und die Schmach abwischen, die unserem deutschen Antlitz aufgefügt werden soll. Für uns gilt wie in allfälligen Tagen so auch heute das Wort, das niemals der Ausdruck selbsttätiger Ueberhebung, sondern immer nur der tiefen Heimatliebe war: Deutschland, Deutschland über alles! (Beifälle, Handklopfen, Rufen bei den Unabhängigen.)

Die Preussische Landesversammlung

Hat sich gestern ebenfalls mit den Friedensbedingungen befaßt. Die Sitzung begann um 1 Uhr. Es sprachen die Abgeordneten Graf (Soz.), Bergt (Deutschnationale Volkspartei), Herold (Centr.), Dr. v. Krause (Deutsche Volkspartei), Adolf Hoffmann (U. S.), v. Dammberg (Welfe), Dr. Kriebberg (Dem.), Frau Ege (Soz.), Frau Heßberg (Ztr.), Frau Dönhoff (Dem.) und Frau Böhlmann (Deutsche Volkspartei); sämtliche Abgeordnete sprachen sich gegen diese Bedingungen aus. Um 6.30 Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag, den 22. Mai.

Aufklärung der Wähler.

Die Abgeordneten der Nationalversammlung werden Berlin verlassen und sich in ihre Wahlkreise begeben, um mit ihren Wählern Führung zu nehmen und sie über die Tragweite der feindlichen Friedensbedingungen aufzuklären.

Die Friedensbedingungen.

Vormarsch im Falle der Ablehnung.

Das Reichs-Bureau erklärt: Falls Deutschland die Friedensbedingungen nicht annehmen sollte, was für unwahrscheinlich gehalten wird, so sind militärische Vorbesorgungen dafür getroffen, daß die alliierten Armeen genau so vorrücken, wie sie es getan haben würden, wenn Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen nicht angenommen hätte.

Zwei weitere deutsche Noten.

Wie der „A. V.“ von zühändiger Stelle mitgeteilt wird, sind gestern zwei weitere Noten der deutschen Friedens-

delegation an die Alliierten überreicht worden. Die erste Note behandelt die territorialen Fragen in arden Rügen, da die Absicht besteht, nach eingehenden notwendigen Besprechungen eine Denkschrift über diese Fragen auszuarbeiten und vorzulegen. Die zweite Note betrifft die wirtschaftlichen Bestimmungen. Vom Verband aus bis jetzt keine weiteren Antworten eingegangen.

Die deutschen Flüsse.

Das Schicksal, das dem deutschen Rhein zugebracht ist, haben wir bereits dargestellt. Nicht viel besser ergeht es den anderen großen deutschen Flüssen. Internationalisiert werden die Elbe von der Moldanung an und die Moldan von Prag an oder von der Oppamündung an, der Riem (die Memel) von der Grodnomündung an und die Donau von Ulm an. Auf diesen Schiffahrtswegen sind die Alliierten völlig gleichberechtigt untereinander und mit den Uferstaaten und genießen meistbegünstigte Behandlung. Deutsche Schiffe können regelmäßigen Personen- und Warenverkehr zwischen den Häfen einer alliierten Macht nur mit Sondererlaubnis dieser Macht durchführen. Eventuelle Abgaben dürfen ausschließlich der Unterhaltung der Navigabilität oder Verbesserung des Flusses sowie die Ausgaben im Interesse der Schiffahrt dienen. In Streitfällen bezüglich eines internationalisierten Schiffahrtsweges entscheidet ein Rechtspruch des Völkerbundes. Deutschland überläßt den Alliierten einen Teil seiner Schlepper und Schiffe, sowie das notwendige Material zur Benutzung des Schiffahrtsweges. Die Zahl der zu überlassenden Schiffe wird von Schiedsrichtern, die die Vereinigten Staaten bezeichnen, festgesetzt. Die Entschädigung, die für die Ueberlassung statzufinden hat, wird von den Schiedsrichtern festgesetzt und von den Beiträgen in Abzug gebracht, die Deutschland schuldet, so daß Deutschland die Eigentümer entschädigen muß.

Die Elbe wird von einem internationalen Ausschuss, bestehend aus vier Vertretern der deutschen Uferstaaten, zwei Vertretern der Tschecho-Slowakei und je einem Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens verwaltet. Die Oder von einem internationalen Ausschuss, bestehend aus je einem Vertreter Polens, Preussens, der Tschecho-Slowakei, Großbritanniens, Frankreichs, Dänemarks und Schwedens.

Auf Ansuchen eines Uferstaates wird der Riem (Memel) einem internationalen Ausschuss unterstellt, bestehend aus je einem Vertreter aller Uferstaaten und drei vom Völkerbund ernannten Vertretern der Staaten. Die internationalen Abmachungen, die angeht die Elbe oder den Riem Geltung haben, bleiben vorläufig bestehen.

Die Auslieferung der Schiffe.

Neuter meldet: Im Unterhaus erklärte Leslie Wilson namens des Schiffahrtskontrollors, daß bis zum 9. Mai an Großbritannien 22 deutsche Passagierdampfer mit zusammen ungefähr 108 800 Brutto-Tonnen und 80 Frachtdampfer mit zusammen ungefähr 683 210 Tonnen ausgeliefert worden seien.

Die Mannschaft des Dampfers „Amperator“ hat diesen am 5. Mai in Vrest an die Franzosen abgeliefert und ist am Montag mit dem Dampfer „Ruia“ der Hamburg-Amerika-Linie nach Hamburg zurückgekehrt.

Was amerikanische Finanzleute sagen.

Dem „Telegraph“ zufolge meldet die „Times“ aus New-York, die amerikanischen Finanzleute seien der Ansicht, daß Deutschland sehr gut imstande sei, die auf die Wiederherstellung bezüglichen Bestimmungen zu erfüllen, indem sie davon verweisen, daß Deutschland trotz hoher Kriegskosten tatsächlich keine Schulden an andere Länder habe und deshalb Anleihen im Ausland abschließen könne. Sie sind davon überzeugt, daß Deutschland den Friedensvertrag unterzeichnen und so rasch wie möglich wieder an die Arbeit gehen werde.

Der deutsche Gegenvorschlag.

„Der Deutsche Allgemeine Zeitung“ wird der deutsche Gegenvorschlag über die Behandlung der Gebietsfragen am Dienstag in Versailles überreicht werden.

Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Versailles berichtet wird, haben die Kräfte der deutschen Abordnung eine Vermehrung erfahren. Graf Oberndorf bleibt zur Verfügung. Neu angekommen ist ferner Legationsrat Schubert. Dann heißt es noch: Eine längere Dauer der Verhandlungen sei in Aussicht. Auch der Entente-Pressen scheint sie unvermeidlich.

Havas meldet: Nach dem „Echo de Paris“ hat Wilson beschlossen, bis zur Unterzeichnung der Friedensverträge in Frankreich zu bleiben. Immerhin wird Deutschland eine gewisse Frist nicht überschreiten dürfen.

Der Vertrag mit Oesterreich.

Neuter meldet: Der österreichische Friedensvertrag nähert sich seinem Abschluss. Die Klausel über die Verantwortlichkeiten ist mit dem deutschen Vertrag identisch, unterläßt aber jede Erwähnung des Kaisers. Die Klausel sieht eine Einleitung von Verfahren gegen militärische Verbrecher vor einem internationalen Kriegsgericht vor. — Wie verlautet, wird Südtirol, obwohl es eine deutschsprechende Bevölkerung hat, in die italienische Grenze einbezogen, um Italien eine territoriale Grenze zu geben, die einen ausreichenden Schutz gewährt.

Einrichtung der Polentransporte.

Wie verschiedene Blätter unter Vorbehalt aus polnischen Blättern melden, ist der Transport der Hallerischen Truppen durch Deutschland aus unbekannten Gründen eingestellt worden. Eine Pariser Meldung nach Warschau besagt, die Hallerische Armee werde mit größter Beschleunigung auf dem Seewege befördert, die Landungsstelle werde geheim gehalten, vermutlich werde es Riga oder Liban sein.

Geiselmord in Ungarn.

Berliner Blätter melden aus Wien: Der frühere Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Ludwig Navon, wurde in Moskau mit mehreren Großgrundbesitzern als Geisel verhaftet, um nach Budapest übergeführt zu werden. Auf dem Wege dorthin wurde Navon auf einer Eisenbahnstation aus dem Wagen gerissen, an die Wand gestoßen und erschossen. Sein Bruder erhob deshalb Beschwerde bei Bela Kun. Dieser behauptete die Tat, sprach im Namen der Räteregierung sein Beileid aus und sagte strengste Untersuchung zu.

Präsident Ebert an die amerikanische Öffentlichkeit.

Reichspräsident Ebert gewährte dem Vertreter der Associated Press eine Unterredung, in der er u. a. sagte:

Die Kundgebung, die ich hiermit durch Sie an die amerikanische Öffentlichkeit richte, bedeutet die moralische Kriegserklärung des neuen Deutschland an das ganze abendländische System der alten internationalen Politik. Das Ausbleiben eines sofortigen elementaren Ausbruches allgemeiner Empörung im ganzen deutschen Volk ist das charakteristische Zeichen für die Wirkung, welche die Bekanntgabe der Friedensbedingungen ausübte. Alles war im Augenblick wie niedergeschmettert. Man hatte das Gefühl, als ob man mit einer schweren Keule unversehens einen Schlag über den Kopf erhalten, der im Augenblick die Aktionsfähigkeit völlig lähmte. Ich sage ausdrücklich: Der Schlag traf das deutsche Volk unerwartet und unvorbereitet und wirkte deshalb umso härter. Nach all den Erklärungen und Versicherungen, es solle ein Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit, der Versöhnung und Verbrüderung der Völker geschlossen werden, konnte das deutsche Volk auf ein derartiges ungeheuerliches Dokument nicht gefaßt sein. Der Entwurf, den man uns vorlegte, wirkte zugleich entsetzend, erregend und abstoßend. Er bedeutete eine vollständige Negierung des von Wilson aufgestellten Friedensprogramms der vierzehn Punkte dieses Programms, auf dessen Verwirklichung wir vertrauten und auf das uns nach der Rede des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 ein Recht aufstieß. Ich habe die Schrift über Wilson und den Reichsfrieden vor mir. Da ist in seiner Botschaft vom 22. Januar 1917 an den Senat das Wort von der Notwendigkeit eines „Friedens ohne Sieg“. Der Präsident sagt: „Der Sieger darf nicht den Besiegten seine Bedingungen aufzwingen. Sie würden unter Erniedrigung, unter Zwang und unter unerträglichen Opfern angenommen werden. Sie würden den Stachel der Rache und Bitterkeit zurücklassen, so daß ein solcher Friede nicht auf fester Grundlage, sondern nur wie auf Treibsand ruhen würde. Nur ein Friede zwischen Gleichen kann von Dauer sein.“ — So ist in diesem Friedensentwurf, den Wilson mitunterzeichnet hat, auch nur eine Spur von all den großen Idealen, die er aufstellte.

Das ganze deutsche Volk erklärt, daß unabhängig von dem, was andere tun, es selber solches Unrecht nicht dulden wird. Es beginnt erst aus der Synapse zu erwachen, in die es unter Ausnutzung seines tiefen und ernsten Vertrauens auf die Wahrhaftigkeit des von Wilson aufgestellten Programms seiner vierzehn Punkte verfallen worden ist. Das Erwachen wird furchtbar sein, und wir alle leben ihm mit Bangen entgegen. Noch will man gegen die kalten und harten Tatsachen an dem Glauben festhalten, der in dem Namen Wilson und Amerika in der Begriffe der Demokratie, in dem Versöhnungsfrieden und im Völkerbund seinen Ausdruck fand. Man will nicht glauben, daß alles nur ein Arrêt war. Noch jetzt haben die Diktatoren: „Das ist Wilson nicht, das kann er nicht tun.“ Noch wünschen und hoffen ich und alle, die heute die furchtbare Last der Verantwortlichkeit für die zu treffende Entscheidung auf sich nehmen müssen, daß diejenigen, die unbeherrschbar immer noch ihre Hoffnungen auf Wilson und Amerika setzen, sich nicht betrogen sehen. Wir wünschen und hoffen noch immer, daß die junge deutsche Republik an die ältere Schwesterrepublik Amerika nicht vergebend appelliert.

Eine Rede Wilsons.

Neuter meldet: Präsident Wilson hielt am 9. Mai in der Völkerrrechts-Gesellschaft in Paris eine Rede, in der er sagte: Eines der Dinge, die mich in den letzten Monaten störten, ist die unredliche Hoffnung auf sofortige Erlösung von dem auf der Menschheit lastenden Druck. Wir müssen dafür sorgen, daß diejenigen, die hoffen, nicht enttäuscht werden. Die Gebrauche der Gesellschaft müssen langsam verändert und neu angebahnt werden. Eines der Dinge, die von der größten Bedeutung für die Zukunft sein werden, ist verändertes Völkerrrecht. In gewissem Sinne wurde der Krieg gerade deshalb ausgelöst, um den Völkerrrecht den Beweis zu ermöglichen, daß es Völkerrrecht sei, deren Nichtbeachtung sich kein Volk leisten dürfte, daß es zwar eine internationale Autorität nicht hinter sich hätte, um sich durchzusetzen, daß es aber trotzdem etwas Größeres hinter sich habe, nämlich die moralische Größe der Menschheit. Wenn wir jetzt dem Völkerrrecht Lebenskraft geben können, die es nur dann haben kann, wenn es der wirkliche Ausdruck unserer moralischen Urteile ist, so werden wir in gewissem Sinne das Werk, das dieser Krieg besonders betonen sollte, beendet haben. Mit dem neuen Völkerrrecht begeben wir uns auf unversicherte Meere. Wir müssen, ich will nicht sagen, daß es ein, aber doch vollständig in unseren Zielen, denn das ist ein solches Verhältnis notwendig. Wir dürfen nicht vor neuen Dingen, die sich mit den alten nicht vertragen, bangen sein. Wenn wir den Druck des Lebens in unseren Klassen nicht verleben, sind wir nicht vom Leben selbst. Diejenigen, die es sich leisten können, sich von Zeit zu Zeit niederzusetzen, um in Ruhe schöne Bücher zu lesen, sind nicht typische Vertreter der Menschheit. Die meisten haben keine Zeit dazu, wir müssen unsere Zeit dazu verwenden, mit ihnen mitzuwachen und für sie zu denken, um ihre Lage so viel wie möglich zu verstehen und für eine gerechte Lösung zu sorgen. Dies ist die Aufgabe, die leicht aus und klingt vornehm, ist aber eine der wichtigsten Unternehmungen. In gewissem Sinne haben die alten Unternehmungen der nationalen Geographie aufgeführt. Die Zukunft der Menschheit hängt nicht von den Beziehungen der Völker untereinander, sondern von der Verwirklichung der gemeinsamen Verhältnisse der Menschheit ab, als von der abschließenden, selbständigen Entwicklung nationaler Rechtsysteme. Diejenigen, die die gemeinsamen Gedanken der Menschheit denken können, sind diejenigen, die in der unmittelbaren Zukunft die wertvollsten Dienste leisten können. Gott gebe, daß sie reichlich sein mögen!

Internationaler Frauentongress.

Genf, 13. Mai.

Heute wurde hier der Internationale Frauentongress durch Miss Jane Addams eröffnet. Es sind 13 Länder und etwa 100 Delegierte vertreten. Aus Deutschland sind aus Amerika und England je 23 Vertreter anwesend. Italien und Frankreich kamen infolge der Bahndienststörungen nur wenige Delegierte. Zu den deutschen Vertreterinnen gehört u. a.: Anita Augspurg, zu den englischen Frau Snowden. Das Programm des Kongresses ist die Erzielung eines dauernden Friedens, doch sollen sich die Kongresssteuernerinnen, wie die Schweizer Vertreterin Frau Morgaz, ausführlich, letzterweg der Hoffnung hin, daß die wirklichen Einflüsse auf die Pariser Konferenz gewinnen könnten.

Kurze politische Nachrichten.

Der Nachwahl zur Landesversammlung in Hohenzollern.
Beschlüssig ist in den Hohenzollernischen Landen bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung eine ordnungsmäßige Wahlteilnahme nicht möglich gewesen, weil infolge der Verkehrsbehinderungen zwischen Coblenz und Bismarcken die Bekanntmachungen des Wahlkommissars nicht rechtzeitig eintreffen. Nun soll durch besonderes Gesetz, dessen Entwurf jedoch der Landesversammlung zugeht, den Hohenzollernischen Landen die Wahl eines eigenen Abgeordneten ermöglicht werden. Die Wahl erfolgt als einfache Mehrheitswahl; der höchstbestimmte Kandidat soll als gewählt gelten. Als Termin ist der 11. Mai in Aussicht genommen.

Bekämpfung des Schleichhandels.

Durch ein Rundschreiben hat der Reichsberufungspräsident die Regierungen der deutschen Freistaaten um strengere Maßnahmen gegen den Schleichhandel ersucht. In dem Schreiben heißt es unter anderem: Nach Entschiedenheit der Landeszentralbehörden sind von den Städten und größeren Industriebezirken Kontrollkommissionen in Lieferungsplätzen, Kreise und Gemeinden zu entsenden, um die Vorräte und die Erfüllung der Lieferungsverpflichtungen festzustellen. Schon bei den näheren Anordnungen hierüber sind die Gewerkschaften, Konsumvereine, Arbeiter- und Bauernräte zuzuziehen. Mitglieder dieser Vertretungen sind in die Aufsichtsausschüsse zu berufen. Die Aufsichtsmittelglieder werden als Hilfskräfte der Polizeiverwaltung bestellt, arbeiten mit den Polizeibeamten zusammen und haben das Recht der vorläufigen Sicherung ermittelter Vorräte. Zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Schleichhandels sollen gleichfalls aus den Vertretungen der werksfähigen Bevölkerung geeignete Personen als Hilfskräfte der Beamten der Polizei berufen werden, um Schleichhandelsgeschäfte zu bekämpfen. Zur Einschränkung der nicht gewerbsmäßigen Schleichverbreitung soll vor allem den in vielen Gegenden sich fast täglich wiederholenden Samstagsfahrten entgegengetreten werden.

Ausstand im Kaliberbau.

An sämtlichen Kaliberwerken von Staßfurt und Zeitz ist wegen Lohnstreitigkeiten ein allgemeiner Streik ausgebrochen.

Eine Fleischsteuer?

Die eine Berliner Nachrichtenstelle wissen will, ist mit der Einführung eines Getreidemonopols zu rechnen. Diese Behauptung ist im allgemeinen gut unterrichtete Nachrichtenstelle es als wahrscheinlich, daß man den Fleischverbrauch als Maßstab für die Heranziehung von Steuern an sich die Belastung unentbehrlicher Lebensmittel unerwünscht sei, so zwingt doch die ungeheure finanzielle Notlage des Reichs dazu.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 14. Mai.

Ein Ei für vierzig Pfennige.

In den letzten Tagen haben die in Bauernvereinen zusammengeschlossenen Landwirte von Rheinhesen und im Landkreis Hanau Versammlungen abgehalten, um ihre Forderungen in voller Öffentlichkeit geltend zu machen. Der Massenbesuch bei diesen Kundgebungen bewies, daß den Bauern Ernst ist mit der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, die unter der Zwangswirtschaft tagtäglich größere Einbußen erfahren und die deshalb eine baldige Beseitigung von dem schädlichen System dringend erscheinen. Die Tagung des Hessischen Bauernvereins fand am 11. Mai in Gonsenheim statt unter dem Vorsitz des juristischen Beirats Rechtsanwalts Dr. Joh. Geiseler. Nachmittags brachte Beispiele für die schädlichen Folgen der Zwangswirtschaft. So mußte der Landmann eine Milch Kuh zu 700 bis 800 Mark zu Schlachtkörpern abgeben, während er bei Verkauf weit über 2000 Mark angelegt hatte; umgekehrt kosten die Ferkel heute um fünfmal mehr, als der Kommunalverband für ein Mast Schwein bezahlt. — Aus dem weiteren Verlauf der Versammlung ist zu erwähnen, daß im Gegensatz zu den Zuckerpreisen im Schleichhandel aus der Mitte der Zellulose die Anregung kam, für Eier im Hinblick auf die Bekämpfung der Zwangswirtschaft für alle gleichzeitige Höchstpreise zu beschließen, um den Preiswucher zu vermeiden. Als Höchstpreis wurde der Satz von 40 Pfg. für ein Ei beschlossen. Einmütig wurde von der Versammlung der Wunsch ausgesprochen, daß kein Landwirt diesem Höchstpreis überschreiten soll und vor allem Schwache, Kinder, Schwache und Krankenhäuser bevorzugt werden.

Hoffen wir, daß dieser Wunsch in Erfüllung geht; in unserem Bezirk befindet sich allerdings im verminderten Umfang eine Ablieferungsstelle für Eier, allein die Ware ist noch seltener geworden als früher bei der Zwangswirtschaft von Reichswegen. Ein Eierpreis von 40 Pfg. ist und wie Potemkinschen Dörfer — vielleicht aber wird die wackere Haltung der rheinhesischen Bauern ein wenig auch auf die diesseitigen Hühnerhalter abfärben und Nachahmung im Wiesbadener Bezirk zeitigen.

Auch in der Hanauer Bauernversammlung wurde in einer einstimmig gefassten Entschließung zum Ausdruck gebracht: Die dortigen Landwirte wollen durch heimische Ablieferung von Eiern zu niedrigen Preisen bewirken, daß mit dem Abbau der Zwangswirtschaft weitere Lebensmittel zum Allgemeinwohl gewonnen werden können. Im übrigen wurden in Hanau die gleichen Forderungen wie in Gonsenheim gestellt, besonders die Notwendigkeit, mit der Zwangswirtschaft vollends aufzuräumen. Es heißt u. a. in der Beschlusssatzung: Wir fordern vor allem, daß die Regierung auf Schärfe darüber achtet, daß kein Vieh unter 8 Zentner aus Schlachten desaminiert wird. In das Zwangs des Kleinbauern darf nicht einbezogen werden. Wir fordern Erhöhung der Höchstpreise für Fleisch und Getreide. Die jetzt bestehenden Höchstpreise entsprechen nicht im entferntesten den Preisen, die der Verbraucher zahlen muß, stehen auch in keinem Verhältnis zu den Anschaffungspreisen und bilden einen schreienden Gegensatz zu den Preisen, die der Landwirt für Industrieerzeugnisse zahlen muß.

Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen, Marschall Foch, kommt heute um 13 Uhr 30 in Wiesbaden an. Er wird mit militärischen Ehren von den Truppen empfangen, und die deutschen Behörden werden ihm im Schloss vorzuehrt werden. — Wie aus Mainz berichtet wird, ist der Oberbefehlshaber Marschall Foch gestern Abend 7 Uhr dort angekommen und wird zwei Tage in Mainz bleiben.

Wieder direkte Flüge Frankfurt-Darmstadt. Wie die Reichslandkommission dem Abstinenzkommando IV mitteilt, werden von jetzt ab wieder direkte Flüge zwischen

Frankfurt a. M. und Darmstadt verkehren. Es ist jedoch zur Bedingung gemacht, daß diese Flüge auf den Stationen im besetzten Gebiet nicht halten.

Fünzig Jahre im Schuldienst. Der Rektor der Mittelschule an der Niederbergstraße, Gustav Kunz, ist am 15. ds. Mts. auf eine 50jährige Amtstätigkeit zurück. Seine Lehrtätigkeit begann er am 15. 5. 1869 und trat 1874 in den städtischen Schuldienst zunächst als Lehrer an der Markt-Mittelschule. Am Jahre 1883 übernahm er unter dem Titel Schulpfarrer die Leitung der neugegründeten höheren Mädchenschule an der Stiftstraße und im März 1896 wurde er zum Rektor dieser Schule und der dazugehörigen Mittelschule ernannt. Seit 1907 ist er als Rektor an der Mittelschule an der Niederbergstraße tätig. Heute 46 Jahre steht er im städtischen Schuldienst. Dem Ernst der Zeit Rechnung tragend ist von einer Reihe Abstände genommen worden. Magistrat und Schuldeputation haben dem verdienstvollen Lehrer und Leiter ein Glückwunschschreiben nebst Blumenstrahlen übersandt.

Die drei Eidheiligen haben in diesem Jahre angenehme Enttäuschung. Man weiß, daß die Ueberlieferung von zu befürchtenden Frostschäden bei Schluß der zweiten Maiwoche nicht auf einer Sage, vielmehr auf der Tatsache kalter Luftströmungen im nördlichen Ozean beruht, die in der Regel um diese Zeit vom Westen her ihren Einfluß auf Wetter und Temperatur ausüben. In diesem Jahre voller Enttäuschungen ist der ungeliebte Verlauf der letzten drei („Eidheiligen“) Nächte die vielleicht erste erfreuliche Ueberlieferung. Das Fehlen eines sonst so häufig eintretenden Kältefalls ist über diesmal nur zu leicht erklärlich, haben wir doch statt der üblichen „drei Eidheiligen“ noch einmal volle Tage und Nacht zu erleben gehabt so sehr, daß die erste Hälfte des Frühjahrs 1919 einem Daueranfall von „Eidheiligen“-Herrschaft glück: Sie haben ihr Pulver verschossen, und sie konnten „zum Termin“ nichts mehr ausrichten. Zur größten Genugtuung der Landwirte-Erzeuger wie der verbrauchenden Genußmittel. Anzeichen ergab die Witterung der zweiten Maiwoche das Gegenteil der Voraussagen des „Don und Wetter“-Kalendermannes Brand-Dinkelmann, auf die Ostbahninspektor Schilling in der landwirtschaftlichen Zeitschrift unter der Rubrik „Vorsicht auf jeden Fall“ hingewiesen hatte. Diese Vorsicht kann nie schaden; deshalb nehmen wir den „Reichsplan“ der Theorie vom Mondeinfluß nicht weiter abel. Im Gegenteil, wir müssen wünschen, daß alle unanständigen Voraussetzungen in dieser Weise sich als gegenstandslos erweisen.

Kriegsleistung der Handelskammer zu Wiesbaden. Im Sitzungssaal der Handelskammer fand am Dienstag nachmittag der Arbeitsausschuß der Kriegsleistung zur Fürsorge nach dem Kriege nothleidender Geschäftskreise im Handelskammerbezirk Wiesbaden. Das Kapitel der Stille hatte, wie berichtet, bis zum 23. März 1918, dem Tage der Errichtung der Stille, den Betrag von 416 000 M. erreicht. Nach den beschlossenen Richtlinien sollen die Stillebesitzer mittelbar und unmittelbar zur Unterstützung von bei Kriegs-ausbruch anfallende selbstständigen Geschäftsleuten (Industriellen und Handelstreibenden), die durch den Krieg existenzlos geworden oder in ihrem Geschäft geschädigt worden sind, verwendet werden; und zwar in Form von direkten Darlehen bis zur Höhe von 500 M. monatlich auf die Dauer von fünf Jahren, oder durch indirekte Darlehen, indem die Kriegsleistung die Aufschubkraft für eingeräumte Kredite oder gestellte Waren für den Fall übernimmt, daß der Geschäftsführer nicht selbst in der Lage ist, volle oder teilweise Sicherheiten für den Kredit beim die Lieferung zu bieten. Angeordnet soll die Summe der eingegangenen Verpflichtungen an direkten Darlehen nicht über ein Zehntel, die Summe der übernommenen Aufschubkraftleistungen nicht mehr Zehntel des vorhandenen Kapitals übersteigen.

Ein Diamantenräuber. Einen wertvollen Bruststeiner erbeutete dieser Tage in Mannheim ein vermutlich mit aufer Witterung beauftragter Dieb. Bei einem nach Wiesbaden fahrenden Reisenden. Neben 100 Mark in bar befand sich darin ein Anhänger, der aus 78 in Gold gefassten Diamanten und zwei Türkisen bestand.

Landesamtliche Nachrichten. Sterbefälle: Am 10. Mai Georg Schörrer, 52 Jahre. Am 11. Mai Josef Fischer, 74 Jahre. Am 12. Mai Josef Klein, 54 Jahre. Am 13. Mai, 54 Jahre. Am 14. Mai, 54 Jahre. Am 15. Mai, 54 Jahre. Am 16. Mai, 54 Jahre. Am 17. Mai, 54 Jahre. Am 18. Mai, 54 Jahre. Am 19. Mai, 54 Jahre. Am 20. Mai, 54 Jahre. Am 21. Mai, 54 Jahre. Am 22. Mai, 54 Jahre. Am 23. Mai, 54 Jahre. Am 24. Mai, 54 Jahre. Am 25. Mai, 54 Jahre. Am 26. Mai, 54 Jahre. Am 27. Mai, 54 Jahre. Am 28. Mai, 54 Jahre. Am 29. Mai, 54 Jahre. Am 30. Mai, 54 Jahre. Am 31. Mai, 54 Jahre.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Kaff. Pandestheater. In der am Donnerstag, 15. ds. Mts., stattfindenden Aufführung von „Cavalleria rusticana“ und „Der Lakon“ singt Herr Scherer die Partien des „Turiddu“ und „Canio“.

Residenz-Theater. Neu einstudiert gelangt Samstag und Sonntag Abend Ebermanns „Johannfeuer“ zur Aufführung. Sonntag nachmittag 3 Uhr werden die drei interessanten und reizvollen Einakter „Juana“, „Hohel“ und „Die Rinde“ zu halben Preisen gegeben. Montag wird das neue Schauspiel „Gewitter“ von A. Binn wiedergeburt. (Gast: Auftreten von Art. Hans Hammer.) In Vorbereitung ist „300 Frauen“, Lustspiel von Hans und Johanna von Benzel.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

n. Bonn, 12. Mai. Zur Warnung! Der Bonner Universitätsprofessor Ernst Sigmann ist vom englischen Kriegsgericht zu zwei Monaten Gefängnis bei sofortiger Verbüßung verurteilt worden. Er hatte im Borkum auf dem Köhler Hauptbahnhof unangekündigt einer dort ausführenden Aufsicht und zweiwöchiger Aufsicht durch einen Offizier seinen Post nicht abgenommen.

Gericht und Rechtspflege.

Fe. Die Zwangslage der Pferdewagen. Wiesbaden, 12. Mai. Der letzte Höchstpreis für Pferdefleisch mit Knochen beträgt für das Pfund 1,60—1,80 Mark. Doch für diesen Preis gibt es zurzeit kein „Fleisch“. Der heutige Preis für Fleisch vom Hof haben wir, muß schon tiefer in die Tasche greifen und 2,50 Mark pro Pfund anlegen, ein Preis, der seit einiger Zeit hier von dem Magistrat und der Polizei häufigwiegend gebildet wird. Dennoch bekam der Pferdewagen Hugo A. von hier wegen Ueberschreitung der Höchstpreise einen vorläufigen Strafbefehl über 100 Mark. Wegen diesen leute er Verurteilung ein und verlangte einen richterlichen Entscheid. Heute beauftragte sich das Schöffengericht damit. In der interessanten Verhandlung wurde mitgeteilt, daß der Magistrat-Verband in Berlin, wo heute das Pfund Pferdefleisch mit Knochen bereits 3,50 Mark kostet, sich an das Landesschiedsamt mit dem Ersuchen gewandt hatte, die Preise zu erhöhen, und als dies erfolglos geblieben, wurden die Preise häufigwiegend kurzer Hand eigenmächtig erhöht. Auch die Frankfurter Pferdewagen hatten sich vor

einiger Zeit geweigert für den Höchstpreis weiter zu verkaufen und streikten. Die Folge war, daß sich innerhalb acht Tagen der Schwarzschäfer und der Schleichhändler des ganzen Geschäftsbereichs bemächtigten, wodurch die Preise noch unerschwinglicher für das heute so wichtige Pferdefleisch wurden. In Frankfurt wird das Pfund Pferdefleisch nicht unter 3,50 Mark verkauft. In Anbetracht dieser Verhältnisse kam das Schöffengericht zu einem kostenslosen Freispruch, da A. sich in einer Zwangslage befunden und mit Recht 2,50 und 3.— Mark für das Pfund mit Knochen genommen, zumal in Wiesbaden öffentlichen unter den Augen der Polizei und der Bezirksfleischstelle der Höchstpreis für Pferdefleisch überschritten wurde und wird.

Vermischtes.

Augenentzündung. Der Frühzug der Kleinbahn von Soltau nach Lüneburg entgleiste am Sonntag morgen in der Nähe von Melbeck, zehn Kilometer von Lüneburg. Der ganze Zug stürzte den Bahndamm hinunter. Aus dem zum größten Teil völlig zerstörtem Waggon wurden neun Tote und elf Schwerverwundete geborgen. Das Unglück wird auf die Verbiegung der Schienen unter dem plötzlichen Einfluß der Eise zurückgeführt.

Schließung von Spielclubs. Die preussischen Behörden haben sich jetzt endlich entschlossen, mit aller Energie gegen die moderne Seuche der jungen Republik, die Spielwut, in mehr oder minder geschlossener „Form“ und in Gesellschaft vorzugehen. Es steht mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten, daß schon in sehr naher Zeit der größte Teil der Groß-Berliner Spielclubs geschlossen werden wird. Wie man hört, soll das „nahe bevorstehende Verbot“ in erster Linie die Klubs mit gemäßigtem Betrieb treffen, das heißt die, in denen Damen und Herren gemeinsam verkehren. Im übrigen will man einen gewissen Unterschied machen zwischen den Klubs mit und ohne Wirtschaftsbetrieb.

Ein nachahmenswerthes Beispiel. Zwölf Ortskassen können im Kreise Hünfeld durch das Landratsamt namhaft gemacht werden, die sich bereit erklärt haben, freiwillig Eier zum Preise von 40 Pfg. für das Stück für die minderbemittelte Bevölkerung abzuliefern. Möge diese hoch anzuerkennende Tatsache zur Nachahmung beitragen.

Fuchsfarmen. Der hohe Preis der Fuchsfarmen, die leicht mit mehr als 100 M. bezahlt werden, veranlaßt einen Mitarbeiter der Jagdzeitung „St. Hubertus“ zu dem Vorschlag, bei uns Fuchsfarmen zu begründen, wie sie schon vor dem Kriege unternehmungslustige Amerikaner als höchst rentabel erwiesen hatten. Zu diesem Zweck hatte man in Amerika größere, teilweise bewaldete Flächen mit Felsen und Gestein erworben, mit Waldschroben eingefriedet und mit einer größeren Anzahl von Kunstbäumen versehen. Besonders geeignet für die Nacht sollten Kieferbäume sein, und man zahlte für gute Nachtstühle 30 bis 40 000 M. für das Stück. Bei uns würde man im Frühjahr bei mäßigen Ankaufspreisen leicht genügend Jungfuchse, die beim Ausgraben der Hecke lebendig gegriffen werden, erhalten. Eine Fläche von 10—15 Morgen Dehnung wäre auch leicht zu finden. Die Einfriedigung müßte, wie man es in Amerika erprobt hat, so gemacht werden, daß der Waldschroben nicht nur eingegraben, sondern in der Erde noch innen umgebogen und ein größeres Stück umgelegt wird, damit jeder Versuch, sich unten durchzuwühlen, auf dieses Hindernis stößt. Genügende Nahrung, die unerlässlich ist, wenn man dauernd genügende Fuchse erhalten will, könnte man durch die wilden Kaninchen erhalten, die billig zu beschaffen sind und bei ihrer starken Vermehrung auch eine höhere Bezugsquelle bieten; auch Abfälle aus den Schlachtereien und Abdeckereien sind zu verwerten, da die Fuchse auch in freier Wildbahn nicht sehr wählerisch sind. Da auf Fuchsfarmen als unteren Hauptlieferanten in Deutschland so bald nicht zu zählen ist, werden die hohen Preise für diese noch lange anhalten, so daß die Fuchsfarmen gute Aussicht auf Erfolg haben würden.

Volkswirtschaft.

Börsen und Banken.

Devisenkurse und Friedensbedingungen. Unter dem Einfluß der veröffentlichten Friedensbedingungen bewegten sich die fremden Devisenkurse bei Wiederöffnung der deutschen Börsen sprunghaft nach oben. Holland stieg von 437 auf 457 am 12. Mai, 517 am 13. Mai; Dänemark erhöhte sich von 272 auf 297 und weiter auf 312, die Schweiz hat von 222 am 7. Mai auf 247 am 12. Mai und 262 am 13. Mai angehoben. Die Devisen Spaniens ließen ihre ununterbrochene Steigerung fort. Sie notiert jetzt 248 (unvollständig). — Im Gegensatz zu diesen Bewegungen verminderte der Kronenkurs eine Besserung von 16,45 auf 18,45 zu erzielen.

Handelsnachrichten.

Wb. Eine neue deutsche Ein- und Ausfuhr-Gesellschaft. Berlin, 10. Mai. Die Transatlantische Gesellschaft für Warenvertrieb m. b. H., die unter Mitwirkung der Berliner Handelsgesellschaft, der Bermut A. G. u. a. mit einem Stammkapital von 300 000 M. gegründet worden ist, wird sich der Ein- und Ausfuhr industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugnisse widmen. Der Sitz der Gesellschaft ist Berlin. Vertretungen sollen an wichtigen Plätzen des Auslandes errichtet werden. Geschäftsführer sind: Direktor Walter Giesel und Dr. Ludwig Treitel.

Weinbau.

XX Weinverkügerung. Johannsberg, 12. Mai. In der Weinverkügerung der Vereinigung Johannsberger Weinverkügerer gelangten 26 Mannern 1918er Rotwein Johannsberger, Geisenheimer und Winkeler Weine zum Ankauf, die bis jetzt zu 14 000 Mark und 16 200 Mark das Stück erreichten. Für einzelnen Lufeten 35 Hektar 4000—5100 Mark, ein Viertel 2080 Mark. Gesamterlös 187 500.

Berliner Börse.

Berlin, 13. Mai.	Devisenmarkt.	Telegraphische Anzeigen für			
		12. Mai 1919	13. Mai 1919	12. Mai 1919	13. Mai 1919
		Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	487	487,50	417	417	517,50
Dänemark	297	297,50	312	312	312,50
Schweden	321	321,50	331	331	331,50
Norwegen	329	329,50	334	334	334,50
Schweiz	247	247,50	252	252	252,50
Oesterreich-Ungarn	47,45	47,55	48,43	48,55	
Bulgarien	—	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—	—
Madrid	229	229,50	232	232	232,50
Helsingfors	126,75	127,25	126,75	127,25	

Gaußscheilte: Bernhard Grotzsch.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: H. Grotzsch; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und volkswirtschaftlichen Teil: H. C. Eichenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: i. V. Hans Dänke; für die Anzeigen: Joh. Bahler; sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der Wiesbadener Zeitungsgesellschaft m. b. H.

Abgabe und Anmeldung festverzinslicher ausländischer Wertpapiere.

Auf Grund der Verordnung vom 26. März 1919 **müssen** nunmehr auch im besetzten Gebiet **ausländische festverzinsliche** Wertpapiere mit Ausnahme der österreichischen, ungarischen, bulgarischen, türkischen und russischen **sofort** teils dem Reiche überlassen, teils angemeldet werden.

Wir sind bereit, von Besitzern solcher Wertpapiere die Stücke zu dem Zwecke entgegenzunehmen.

Diejenigen Eigentümer solcher Wertpapiere, welche dieselben bei uns in Verwahrung haben, werden gebeten, sich **unverzüglich** mit uns in Verbindung zu setzen.

Die Frist kann **nur bis zum 17. Mai 1919** bemessen werden. Alles weitere ist bei uns zu erfahren.

Wiesbaden, den 12. Mai 1919.

Bankcommandite Oppenheimer & Co.

Bank für Handel und Industrie Filiale Wiesbaden.

Marcus Berlé & Co.

Deutsche Bank Zweigstelle Wiesbaden.

Direktion der Disconto Gesellschaft Zweigstelle Wiesbaden.

Vorschuss Verein zu Wiesbaden e. G. m. b. H.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Dresdner Bank Geschäftsstelle Wiesbaden.

Gebrüder Krier.

Mitteldeutsche Creditbank Filiale Wiesbaden.

Vereinsbank Wiesbaden e. G. m. b. H.

Eis!

Zu Beginn der wärmeren Jahreszeit ladet zum Bezuge höflichst ein

Wiesbadener Natureiswerke
Hench & Kaesebier

Friedrichstrasse 39 -- Fernsprecher 217.

Preislisten sind in unserm Geschäftslokal entgegenzunehmen.

Beleuchtungskörper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise.

Flack, Luisenstrasse 44.

Neues Residenztheater.

Telefon 747 frei.

Hausbesitzer u. Rentiere.

Zur Gründung eines hochfeinen **Lugus-Papier-Geschäfts**, suchen erstklassige Fachleute, älteres Ehepaar mit erwachs. 22jähr. Sohn, einen **Teilhhaber**, welcher entweder großes Ladenlokal in feinsten Lage dazu gibt mit 20 Mill bar, oder ein Bank-Konto von ca. 100 Mill zur Verfügung stellt; Netto-Gewinn je 1/2 Anteil, Sicherheit als stiller oder tätiger Teilhaber. Suchende besitzen 20 Mill und Kredit seit 20 Jahren. Offerten unt. **Z. 392** an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Nikolastraße 11.

[*2405]

Bekanntmachung.

Bei der am 8. Dezember 1918 erfolgten 32. Verlosung bedarfs Rückzahlung auf die 3 1/2 % Stadtsanleihe vom 1. Januar 1887 im Betrage von 1.800.000 M. wurden folgende Nummern gezogen:

Buchstabe T zu 200 M. Nr. 48, 67, 112, 140, 154, 170, 190, 201, 213, 257, 258, 261, 266, 279, 285, 304, 321, 328, 338, 342, 375, 382, 416, 417.
Buchstabe U zu 500 M. Nr. 34, 62, 87, 93, 126, 135, 152, 177, 179, 195, 248, 252, 254, 281, 317, 320, 355, 363, 375, 403, 428, 436, 464, 487, 519, 543, 547, 567, 601, 635, 676, 684, 685, 694, 716, 717, 733, 738, 764, 769, 788.
Buchstabe V zu 1000 M. Nr. 30, 42, 48, 71, 92, 114, 155, 188, 197, 200, 234, 258, 260, 272, 277, 318, 320, 358, 369, 394, 423, 430, 446, 486, 513, 570, 597, 635, 659, 671, 743, 766, 881.
Buchstabe W zu 2000 M. Nr. 19, 30, 70, 94, 109, 145, 161, 167, 176, 182.

Diese Anleihebedeine werden hiermit zur Rückzahlung auf den 1. Juli 1919 gekündigt, von welchem Tage ab eine weitere Verzinsung derselben nicht mehr stattfindet.
Die Rückzahlung erfolgt nach Wahl der Inhaber bei der Stadtkassakasse, hier oder bei der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M. in der nach dem Fälligkeitstermin folgenden Zeit.

Wiesbaden, 14. Dezember 1919. Der Magistrat.

Neu-Eingänge in Stoffen feinsten Qualität

für Anzüge und Beinkleider nach Mass.

Verkauf auch meterweise.

Heinrich Wels

Kirchgasse 64.

Abteilung für feine Mass-Anfertigung.

[1684]

Japan., chines. u. orient.

Kunstgegenstände

kauft & verkauft. Wilhelmstr. 60.

Reparaturen best. Lederwaren,

Damentaschen, Dokumenttaschen,

Wiestaschen, Geldbörsen etc. über-

Offenbacher Lederwarenhäuser.

W. Reichelt, Gr. Burgstr. 6. [1686]

Werkstätte für Kunst des Kaufmanns

Wiesbaden 3 Nikolausstr. 3

Einige gute und künstlerische

Reklame

schert Ihnen stets einen vollen Erfolg

Werbeauftrag

Entwurf, Ausführung, Druck, Schenkungsbescheinigungen

kleinste Rechnung bei Bestellung (auch per Telegramm) [1687]

Elektro-Monteur Jos. Jhl, Berderstr. 7.

empfiehlt sich zur Ausführung sämtlicher in sein Fach einschlagender Arbeiten. — Reparaturen werden gut und billigst ausgeführt. — Konzeption bei dem Stadt. Elektrizitätswerk zur Ausführung sämtlicher Licht- und Kraft-Anlagen. — Bestellung per Karte erbeten, da noch kein Telefon-Anschluss. [1688]

Schmitz-Bonn's

Wasch- u. Bleichhilfe

macht die Wäsche blütenweiss.

Garantiert unschädlich.

Endgültig genehmigt vom Kriegsaus-

schluss unter Nr. 2503.

In Paketen zu 30 Pfg. überall erhältlich.

Alleinige Hersteller:

Schmitz-Bonn Söhne

chem. Fabrik Düsseldorf-Reisholz.

Zigaretten kauft

jedes Quantum

[*2429]

Zigarrenhaus Gietz, Höchst a. M., Telefon 189.

Bade im Badehaus!

12 Bäder Mark 10.—

6 " " 5.—

1 " " 1.—

mit Ruheraum.

Badehaus zum Goldenen Brunnen

Starke warme Quelle.

Goldgasse 10.

Bekanntmachung.

Bei der am 8. Dezember 1918 erfolgten 35. Verlosung bedarfs Rückzahlung auf die anfangs 4%, jetzt 3 1/2 % Stadtsanleihe vom 15. August 1883 von 3.088.200 M. sind folgende Nummern gezogen worden:

Buchstabe P zu 200 M. Nr. 42, 49, 103, 146, 150, 177, 178, 194, 211, 213, 235, 265, 266, 284, 292, 331, 342, 366, 386, 394, 416, 425, 445, 479, 480, 495, 535, 571, 585, 616, 620, 623, 693, 730, 758, 775, 821, 863.

Buchstabe Q zu 500 M. Nr. 36, 42, 47, 66, 165, 168, 181, 193, 224, 252, 275, 313, 336, 365, 378, 408, 415, 441, 449, 460, 490, 500, 509, 526, 565, 569, 570, 593, 614, 625, 636, 674, 702, 731, 736, 771, 779, 840, 872, 895, 898, 908, 957.

Buchstabe R zu 1000 M. Nr. 21, 67, 79, 103, 113, 132, 190, 217, 256, 276, 298, 319, 325, 356, 399, 400, 431, 441, 463, 480, 489, 531, 533, 567, 573, 584, 607, 643, 645, 664, 674, 686, 694, 708, 723, 758, 768, 786, 810, 831, 867, 896, 963, 976, 1023, 1052, 1070, 1079, 1119, 1136, 1173, 1201, 1326, 1332.

Buchstabe S zu 2000 M. Nr. 17, 43, 64, 114, 127, 169, 207, 210, 257, 309, 329, 347, 370, 413, 467.

Diese Anleihebedeine werden hiermit zur Rückzahlung auf den 1. Juli 1919 gekündigt, von welchem Tage ab eine weitere Verzinsung nicht mehr stattfindet.

Die Rückzahlung erfolgt nach Wahl der Inhaber bei der Stadtkassakasse, hier oder bei dem Bankhaus E. Weisbroder & Co. in Berlin oder der Niederlassung der Bank für Handel und Industrie in Frankfurt a. M. in der nach dem Fälligkeitstermin folgenden Zeit.

Aus den früheren Verlosungen sind noch nicht zur Lösung gekommen:
Zum 1. Juli 1918. Q 122, 124, 537, 696, 916.
Wiesbaden, den 14. Dezember 1918. Der Magistrat.

Sahrplanänderungen.

Vom 15. Mai d. J. ab treten folgende Sahrplanänderungen in Kraft:
Neu eingelegt werden:

Rs. 506 (23.) Mainz ab 4.36 — Worms an 6.05 vorm.
Rs. 1806 Alsen ab 4.30 — Worms an 5.20 vorm.
Rs. 1853 Worms ab 7.30 — Alsen an 8.27 nachm.
Rs. 1808 verkehrt Alsen ab 5.27 — Worms an 6.26 vorm.
Rs. 504 Mainz ab 3.52 — Worms an 5.16 vorm. (falls nach-
In dessen Fahrplan verkehrt täglich zwischen Odenheim und
Worms eine Triebwagenfabrik 3.—4. Klasse.

Mainz, den 13. Mai 1919.

Eisenbahndirektion.

Genehmigt am 10. Mai 1919 durch die Interalliierte Kom-
mission der Eisenbahnen der Rheinlande.

Zonnenberg. — Bekanntmachung.
Ausgabe von Lebensmitteln am Donnerstag, 15. Mai 1919
in den hiesigen Geschäften. Es entfallen auf jede Person (mit
Ausnahme der Selbstverlängerer)

70 Gramm Vorkaffee,
100 Gramm Graubrot,
85 Gramm Semmelbröten,
50 Gramm Speisefett.

Die Lebensmittelausgabe ist voranzusetzen.
Sonnenberg, den 13. Mai 1919.
Der Bürgermeister, J. A. Wagner, Schöffe.

Zonnenberg. — Bekanntmachung.
Ausgabe von Butter und Gries für Kranke am Donnerstag,
den 15. Mai 1919 in der St. Gries-Notstelle gegen Vorlage
der Krankenscheine.
Sonnenberg, den 13. Mai 1919.
Der Bürgermeister, J. A. Wagner, Schöffe.